Antrag Nr. 14-F-33-0044 CDU/SPD

Betreff:

Leistungen nach SGBII

- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 28.4.2014 -

Antragstext:

Wie der Presse zu entnehmen, ist die Zahl der so genannten "Aufstocker", d.h. derjenigen Beschäftigten, die trotz ihres Einkommens zusätzlich Leistungen nach dem SGBII beziehen, um das Existenzminimum der Bedarfsgemeinschaft, in der sie leben, sicher zu können, vergleichsweise hoch. Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass darunter auch ca. 40 % der Beschäftigten aus verschiedensten Gründen einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen. Ebenso gibt es eine Reihe weiterer Einflüsse, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Daher ist es notwendig, dass der Ausschuss für Soziales und Gesundheit sich tiefergehend mit diesem Thema auseinandersetzt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- 1. welche Faktoren im Zusammenspiel einen Ausstieg aus dem Leistungsbezug (SGBII) bedingen könnten, bezogen auf
 - a. Haushaltskonstellation
 - b. Einkommen
 - c. Mietpreis
- 2. welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden zur möglichst dauerhaften Integration von Personen im Langzeitbezug ergreift und welche Instrumente aus fachlicher Sicht ggfls. weiterführend benötigt werden würden.

Wiesbaden, 29.04.2014

Bernhard Lorenz Fraktionsvorsitzender (CDU-Fraktion)

Markus Seidel Fraktionsreferent Simon Rottloff Fachsprecher für Soziales (SPD-Fraktion)

Daniela Fuge Fraktionsreferentin